



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

## EU-Austritts-Volksbegehren: **JETZT ERST RECHT**

### Verfassungsgerichtshof-Entscheidung erfordert neues Volksbegehren zum selben Thema. Start im Jänner 2013.

**APA-OTS-Pressaussendung der Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU vom 3.8.2012:**

Mit den Worten "Jetzt erst recht" kommentieren die Betreiber des "Volksbegehrens für den Austritt aus der EU" die vor wenigen Tagen bekannt gewordene Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) auf Abweisung des am 20.12.2011 **mit fast 10.000 Unterstützungserklärungen** ordnungsgemäß eingereichten Volksbegehrens. Die hanebüchene Begründung des VfGH gründet sich auf eine **Forderung, die im Volksbegehrensgesetz**, welches von den Betreibern präzise eingehalten wurde, **gar nicht verlangt wird**: es müsse nämlich der volle Text des Volksbegehrens nicht nur im "Einleitungsantrag" (wie gesetzlich vorgeschrieben), sondern auch auf der "Unterstützungs-Erklärung" (wie eben nicht gesetzlich vorgeschrieben) stehen.

Dazu die Initiatorin des EU-Austritts-Volksbegehrens, **Frau Inge Rauscher**: "Dieser an den Haaren herbeigezogene und formal inkorrekte Ablehnungsbescheid des VfGH kann nur politisch motiviert sein, weil dieses Thema kurz vor dem Zusammenbruch des Euro und bei der bekanntlich besonders EU-kritischen österreichischen Bevölkerung am liebsten totgeschwiegen werden soll. Da es in Österreich aber keine rechtliche Instanz mehr gibt, bei der man ein "Erkenntnis" des VfGH anfechten kann, ist die **weitere Vorgangsweise** für uns klar: Wir werden das Volksbegehren neu aufrollen, diesmal mit Unterstützungserklärungen, auf denen der volle Wortlaut des Einleitungsantrags abgedruckt ist. Innenministerin und **politisch gleichgeschalteter Verfassungsgerichtshof** zwingen damit die Bürger, **Kleingedrucktes zu unterschreiben.**"

Volksbegehren-Sprecherin Rauscher weiter: "Wir sind

aber überzeugt, daß mittlerweile viele Bürger quer durch sämtliche Partei-"Lager" die ausbeuterische und undemokratische EU mit ihrer in den Abgrund führenden Finanzpolitik so satt haben, daß sie das EU-Austritts-Volksbegehren auch dann unterstützen werden, wenn wir auf den Unterstützungs-Erklärungen **nicht mehr groß drauf schreiben dürfen**, worum es eigentlich geht, nämlich um den AUSTRITT AUS DER EU. Davor haben Marionetten-Politiker und -Richter offenbar die allergrößte Angst! Ob es den Verfassungsrichtern dabei bewußt ist, daß Sie nicht von "Brüssel", sondern von österreichischen Steuerzahlern bezahlt werden?"

Die Verfassungsrichter bedienen sich in ihrer ablehnenden Begründung nämlich **übler Methoden**, indem sie wörtlich in ihrem "Erkenntnis" schreiben: "In diesem Zusammenhang ist daher auch unbeachtlich, ob die Unterstützer im vorliegenden Fall tatsächlich über den Inhalt des Volksbegehrens getäuscht wurden oder allenfalls (!) auch zur Unterstützung des am Einleitungsantrag angeführten Wortlauts bereit gewesen wären." D.h. mit anderen Worten, der Kernpunkt des VfGH-"Erkenntnisses" - ebenso wie jener des diesem zugrunde liegenden Bescheides der Innenministerin - gründet auf **reiner Spekulation!** Die Realität ist, daß die amtlichen, gemäß Volksbegehrensgesetz notwendigen Formblätter bereits **vorgegeben** sind.

*Fortsetzung Seite 2*

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Text und Wortlaut des Volksbegehrens sind demnach - und v.a. auch nach dem Volksbegehrensgesetz - **nur im Einleitungsantrag** voll auszuführen, während in der Unterstützungs-Erklärung nur die **"Angelegenheit"** des Volksbegehrens **zu bezeichnen** ist, Text oder genauer Wortlaut des Volksbegehrens sind darin nicht verlangt. **Dr. Franz-Joseph Plank**, Mit-Initiator der EU-Austritts-Plattform und Obmann von ANIMAL SPIRIT, ergänzt: "Bei diesem VfGH-Erkenntnis wird deutlich, wie selbst die "obersten Gesetzeshüter" unseres Staates sich **die nationalen Gesetze zurechtbiegen**, wie es ihnen in ihren politisch gewünschten Kram paßt. Die herrschende politische Kaste will (oder darf) nicht wahrhaben, daß die Bevölkerung mehrheitlich nichts mehr mit dem abstürzenden Euro zu tun haben will, der nur durch immer wahnwitzigere Milliardenbeträge unserer Steuergelder ein paar Monate länger "am Leben erhalten" wird. Auch der neue ESM, der unser Land für die nächsten Generationen an nicht kontrollierbare **Finanzjongleure** ausliefern wird, wurde im Eilverfahren von **SPÖ, ÖVP und Grünen** "durchgewunken". Die katastrophalen Folgen dieser durch nichts zu rechtfertigenden Entscheidungen "unserer" Politiker für Mensch, Tier und Umwelt sind noch gar nicht absehbar. Die Menschen spüren das, und deswegen sollen sie möglichst lange un- bzw. **desinformiert** gehalten werden. Daher ist es umso wichtiger, daß das EU-Austritts-Volksbegehren **JETZT ERST RECHT** weitergeführt wird."

Soweit die Presseaussendung. Die **gesamte Dokumentation** ab Einreichung des Volksbegehrens mit allen Unterstützungs-Erklärungen im Innenministerium bis zum „Erkenntnis“ des VfGH kann im Internet unter **[www.eu-austritt.blogspot.com](http://www.eu-austritt.blogspot.com)** eingesehen werden. Sie besteht aus dem **Bescheid** der Innenministerin vom 10.01.2012 (6 Seiten), unserer **„Beschwerde“** (Anfechtung) dagegen beim VfGH vom 20.2.2012

(16 Seiten), der **„Gegenschrift“** der Innenministerin zu unserer „Beschwerde“ vom 23.4.2012 (18 Seiten), unserer **„Stellungnahme“** zu dieser „Gegenschrift“ an den VfGH vom 11.6.2012 (5 Seiten), und dem **„Erkenntnis“** (Entscheidung) des Verfassungsgerichtshofs vom 20.06.2012, bei unserem Anwalt eingelangt am 23.07.2012 (14 Seiten). Bei Interesse senden wir gerne die gesamte Dokumentation (59 Seiten) gegen Spesenersatz auch mit der Post zu. Sie ist ein bedeutendes Stück (Un-) Rechtsgeschichte Österreichs im 21. Jahrhundert. Bemerkenswert dabei ist neben den herbeikonstruierten „Argumenten“ auch der herablassende, geradezu **verächtliche Ton** gegenüber den Volksbegehrens-Betreibern und damit in Wahrheit gegenüber den Unterschreibern. Denn deren poli-



tischer Wille war und ist für jeden unvoreingenommenen Kenner des Geschehens völlig eindeutig ersichtlich. Wie zum Hohn beteuert der **Präsident des VfGH, Holzinger**, laufend über die Medien, man möge doch mehr Bürgermitsprache zulassen...

Geradezu rührend auch die „Sorge“ um die Bürger, die den Austritt aus der EU vielleicht gar nicht gewollt haben, obwohl sie dafür extra zum jeweiligen Wohnsitz-Gemeindeamt hingingen bzw. vor einem Notar unterschrieben... Die **Richter, die auf keines der Argumente der Betreiber wirklich eingingen**, sondern den Bescheid der Innenministerin praktisch unverändert abschrieben, wissen besser über die Bürger Bescheid als diejenigen, die unmittelbar mit den Bürgern auf den Info-Ständen arbeiten und selbst bei rund der Hälfte der Unterschriften persönlich dabei waren,

während sich kein Bürger direkt an die VfGH-Richter überhaupt wenden **könnte**, da bei allen Eingaben an diese **Anwaltszwang** besteht. D.h. die Richter bekommen keinen einzigen Unterscriber jemals zu Gesicht, aber sie negieren dessen demokratische Willensbekundung. Allerdings nur dann, wenn diese der „politischen Klasse“ und deren Zielen entgegensteht. Bei systemkonformen Volksbegehren (Androsch etc.) gab es nie Probleme...

Interessant für die Weiterarbeit und das im Jänner beginnende zweite EU-Austritts-Volksbegehren sind folgende **Formulierungen** auf Seite 13 und 14 der „Gegenschrift“ **des Innenministeriums** zu unserer „Beschwerde“ beim VfGH:

- „In einer Note vom 27.8.1991 hat der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes ausgeführt, daß der Begriff **„Bundesgesetzgebung“** so zu verstehen sei, daß er auch Angelegenheiten umfaßt, die durch Bundes**verfassungsgesetz** zu regeln sind“. Das Bundeskanzleramt habe damit klargestellt, daß „mit einem **Volksbegehren** nicht nur die Erlassung von einfachen Bundesgesetzen, sondern auch von Bundesverfassungsgesetzen initiiert werden könne“.

- „Nach herrschender Meinung müßte ein allfälliger **Austritt** Österreichs aus der Europäischen Union nach den selben Regeln **wie der Beitritt** 1995 durchgeführt werden, nämlich mittels Bundesverfassungsgesetz und einer Volksabstimmung.“ Genau das stand wörtlich im Einleitungsantrag des - nunmehr - **ersten** EU-Austritts-Volksbegehrens.

Beim **zweiten** - ab Jänner 2013 - wird es auch in der Unterstützungs-Erklärung wörtlich so stehen, obwohl im Volksbegehrensgesetz nicht verlangt.

Es ist klar, daß die „politische Klasse“ eine breite Willensbekundung der Bevölkerung für den Austritt aus der EU **unbedingt hinauschieben „mußte“**, da bei korrekter Gesetzesauslegung die öffentliche Eintragungswoche für das Volksbegehren im Mai/Juni

# Mehr als 270 Ökonomie-Professoren haben offenen Brief gegen Bankenunion unterschrieben

Am 5. Juli veröffentlichte die "**Frankfurter Allgemeine Zeitung**" auf ihrer Internetseite einen offenen Brief von mehr als **172** Ökonomie-Professoren. Die Wirtschaftswissenschaftler warnten vor einer Umsetzung der Beschlüsse des EU-Gipfels vom 29. Juni und kritisierten insbesondere, daß die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, auf deren Land enorme neue Haftungssummen zukommen würden, diese Beschlüsse mitgetragen hat. Die Staats- und Regierungschefs

hatten beschlossen, eine europäische Bankenunion schaffen zu wollen, in der alle Euro-Länder kollektiv für die Bankschulden in allen Euro-Ländern haften sollen – also nicht mehr wie bisher jedes Land eigenverantwortlich für die Schulden der Banken seines Landes. In den Krisenländern der Euro-Zone **betragen die Bankschulden** derzeit mehr als 9 Billionen Euro, fast **dreimal soviel wie die Staatsschulden dieser Länder**.

Der Brief der Wirtschaftswissenschaftler hat weltweit Aufmerksamkeit gefunden und wird seit seiner Veröffentlichung breit diskutiert. Mittlerweile haben mehr als **270** Ökonomieprofessoren den Brief unterzeichnet, darunter 6 in Österreich tätige: Hanns ABELE (Wien), Manfred DEISTLER (Wien), Max OTTE (Graz), Erich STREISSLER (Wien), Martin WAGNER (Graz), Achim ZINK (Karlsruhe/Wien).  
Quelle: "Zeit-Fragen"/Schweiz vom 31.7.12

## Protestaufruf

### Der offene Brief der Ökonomen im Wortlaut

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (FAZ) 05.07.2012: 172 Wirtschaftsprofessoren wenden sich mit einem Protestaufruf an Bürger und Politik. Die Beschlüsse des jüngsten Eurogipfels erfüllten sie mit großer Sorge, schreiben die Wissenschaftler. Die Erklärung im Wortlaut.

#### Liebe Mitbürger,

die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch. Wir, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder, sehen den Schritt in die Bankenunion, die eine **kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems** bedeutet, mit großer Sorge. Die Bankschulden sind fast dreimal so groß wie die Staatsschulden und liegen in den fünf Krisenländern im Bereich von mehreren Billionen Euro. Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schul-

den **nicht** in Haftung genommen werden, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind. **Banken müssen scheitern dürfen**. Wenn die Schuldner nicht zurückzahlen können, gibt es **nur eine Gruppe**, die die Lasten tragen sollte und auch kann: **die Gläubiger selber**, denn sie sind das Investitionsrisiko bewußt eingegangen und nur sie verfügen über das notwendige Vermögen.

Die Politiker mögen hoffen, die Haftungssummen begrenzen und den Mißbrauch durch eine gemeinsame Bankenaufsicht verhindern zu können. Das wird ihnen aber kaum gelingen, solange die **Schuldnerländer** über die strukturelle **Mehrheit im Euroraum** verfügen. Wenn die soliden Länder der Vergemeinschaftung der Haftung für die Bankschulden grundsätzlich zustimmen, werden sie immer wieder Pressionen ausgesetzt sein, die Haftungssummen zu vergrößern oder die Voraussetzungen für den Haftungsfall aufzu-

weichen. Streit und Zwietracht mit den Nachbarn sind vorprogrammiert. Weder der Euro noch der europäische Gedanke als solcher werden durch die Erweiterung der Haftung auf die Banken gerettet; **geholfen wird statt dessen der Wall Street, der City of London** – auch einigen Investoren in Deutschland - **und einer Reihe maroder in- und ausländischer Banken**, die nun weiter zu Lasten der Bürger anderer Länder, die mit all dem wenig zu tun haben, ihre Geschäfte betreiben dürfen.

Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, daß **unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschußt** und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden.

Bitte tragen Sie diese Sorgen den Abgeordneten Ihres Wahlkreises vor; unsere Volksvertreter sollen wissen, welche Gefahren unserer Wirtschaft drohen.

2012 stattfinden hätte müssen - zum Zeitpunkt, als vielen Menschen die Tragweite der EURO-Krise erst so richtig bewußt wurde...

**WIR DANKEN** allen Lesern der WEGWARTE, die uns im schweren Jahr 2012 trotz des **großen Rückschlags** inhaltlich und finanziell die Treue gehalten haben! Ohne diese eindeutigen Bekenntnisse, die vielen sicher persönlich nicht leicht fallen, hätten wir nicht die Kraft und den Mut gefunden, das große Anliegen, das uns alle verbindet - den Austritt aus der EU - **weiter** mit dem nötigen Einsatz

dafür zu betreiben. Die nächste WEGWARTE wird im Dezember 2012 herauskommen und die Unterstützungs-Erklärungen für das neue, nunmehr zweite EU-Austritts-Volksbegehren beinhalten. **Es müssen alle Unterstützungs-Erklärungen neu erbracht werden!** Ministerium und Richter hoffen sicher, daß die Bürger kein zweites Mal mehr unterschreiben werden und der EU-Austritt damit „erledigt“ wäre. Diese Freude sollten wir der „politischen Klasse“ **nicht** machen!

Weiters danken wir auch auf diesem Wege dem Klagenfurter Rechtsanwalt **Dr. Peter KRASSNIG**, der alle Unterstützer des Volksbegehrens gegenüber Innenministerium und VfGH einwandfrei korrekt und sachlich fundiert vertreten hat, was bei dieser **machtpolitisch** „schwierigen“ Materie absolut nicht selbstverständlich ist.

*Inge Rauscher, im Namen der Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU (Initiative HEIMAT & UMWELT, Initiative für mehr DIREKTE DEMOKRATIE, Anti-Gentechnik-Plattform PRO LEBEN, Tierschutzorganisation ANIMAL SPIRIT).*

## „DEMOKRATIEREFORM“ nach den Vorstellungen der ÖVP

Ausgerechnet die ÖVP, deren Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna **Mikl-Leitner** die fast zehntausend Bürger-Unterschriften für den Austritt aus der EU zurückgewiesen hat, will laut einem Beschluß des Bundesparteivorstandes vom 22.06.2012 die „direktdemokratische Teilhabe der Menschen **weiter (!) ausbauen**“. Auch 9 der 13 Richter im Verfassungsgerichtshof, von denen 12

das Volksbegehrens-Ablehnungs-Erkenntnis unterschrieben haben, stehen der ÖVP nahe (laut Mitteilung der zu 100% im Besitz der Republik Österreich befindlichen, amtlichen „Wiener Zeitung“). Die „Demokratiereform“ der ÖVP sieht u.a. in Punkt 3 folgendes vor (wörtlich zitiert):

„Das Bundesvolk soll unter bestimmten Voraussetzungen (keine Abschaf-

fung/Einschränkung von Grund- und Menschenrechten, **kein Verstoß gegen Unions- bzw. Völkerrecht**) eine auf die Erlassung eines konkreten Gesetzes gerichtete Initiative einbringen können. Wenn diese Gesetzesinitiative von mindestens 10% der Wahlberechtigten (ca. 650.000 Personen) unterstützt und vom Parlament nicht beschlossen wird, soll sie einer verpflichtenden Volksabstimmung unterzogen werden.“

### EU-„Recht“ (Diktat?) wird als unantastbar erklärt, quasi für alle Zeiten!

Sollte dies tatsächlich Gesetz werden, würde dies eine massive **Verschlechterung** der bisherigen direkt-demokratischen Rechte der Bürger in Österreich bedeuten. Denn gemäß dem seit 1973 geltenden Volksbegehrens-Gesetz können Volksbegehren, die auf konkrete Gesetzesinitiativen abzielen, **zu allen Themen stattfinden**, also auch zu Bereichen des Unions- (= EU-)Rechts und des Völkerrechts (das Gesetz normiert keinerlei Einschränkungen). Es wäre ja auch grotesk, wenn ausgerechnet Fragen des Völkerrechts dem Volk entzogen werden würden.

Daß das gesamte EU-Recht, das inzwischen **weit über 80%** des gesamten, für EU-Bürger geltenden und unser tägliches Leben, vor allem im Wirtschaftsbereich, steuernden Rechts ausmacht (die Parla-

mente der Mitgliedsstaaten können nur mehr über kümmerliche Reste souverän entscheiden), der dzt. noch möglichen Mitsprache-Mobilisierung der Bürger **komplett entzogen werden soll**, ist aus Sicht der ÖVP nur konsequent. Ist sie doch die EU-Vasallen-Partei Nr. 1. Nur - eine solche Verschlechterung der direkt-demokratischen Möglichkeiten als „Demokratiereform“ zu verkaufen, ist mehr als dreist und kann auch nur geschehen, weil die Konzern-gesteuerten Massenmedien dabei willfährig mitspielen...

**In der Schweiz** gibt es solche Themen-Einschränkungen für Volksinitiativen und Volksabstimmungen nicht. Und auch die Unterschriftenhürde, die Bürger schaffen müssen, um eine verpflichtende Volksabstimmung, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist, herbeizuführen,

beträgt **100.000** Unterschriften und nicht - wie von der ÖVP vorgeschlagen - **650.000**. Deshalb und auch aus einigen anderen Gründen ist es der Gipfelpunkt an Wähler- und Bürgertäuschung, wenn der ÖVP-Obmann sein **Demokratieverhinderungspaket** als Demokratiereform „nach dem Muster der Schweiz“ bewirbt. Die Schweizer direkte Demokratie ist ganz anders!

Der Bundesparteivorstand der ÖVP hat beschlossen, daß „**bis Jahresende** 2012 konkrete Gesetzesvorschläge zur Demokratiereform in Österreich ausgearbeitet und mit dem Koalitionspartner und den Oppositionsparteien endverhandelt werden soll, damit **noch vor der Nationalratswahl 2013** eine Volksabstimmung darüber abgehalten werden kann.“ Prost Mahlzeit!

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsereate!

## Zahlen und Fakten zur EU

Zur mitgeschickten **BROSCHÜRE** von Mag. Klaus FAISSNER

Unter dem Titel "Friedensprojekt oder Europas Untergang?" hat einer der wenigen **freien** Journalisten Österreichs "Zahlen und Fakten" zur EU in einer übersichtlichen, leicht lesbaren Broschüre zusammengestellt, die **in jeden Haushalt** gehören und eigentlich vom Staat bezahlt werden müßte - hätten wir eine Demokratie!

So können wir nur selbst in Eigeninitiative dafür sorgen, daß die Wahrheit ans Licht kommt.

Deshalb haben wir uns entschlossen, die einzige aktuelle Zusammenfassung der **wichtigsten Argumente zur EU aus kritischer Sicht** allen Empfängern dieser Wegwarte-Ausgabe zur Verfügung zu stellen. Sowohl zum selber Lesen als auch zum Weitergeben an möglichst viele weitere Bürger, was eben für jeden machbar ist.

Diese Form des Direkt-Versands ist **ein großes finanzielles Risiko für uns!**

Sie haben diese Broschüre **nicht bestellt**; daher sind Sie auch in keiner Weise zu einer Zahlung verpflichtet. Wir ersuchen Sie aber, den Betrag von 9,60 € (inkl. Porto und Versandarbeit) mittels beiliegendem Erlagschein oder per Konto-Überweisung **freiwillig** einzuzahlen.

Sollten Sie keinerlei Verwendung für die Broschüre haben, können Sie diese auch an uns zurückschicken (an IHU, 3424 Zeiselmaier, Hagen. 5).

Bei der Broschüre handelt es sich um **kein Auftragswerk** von irgendeiner Seite, sondern um die Eigeninitiative eines unabhängig denkenden Österreicher, der damit einen sachlich fundierten, sorgfältig recherchierten **Tatsachenbericht** vorlegt, der auch Jenen die Augen öffnen müßte, die sich bisher nur aus offiziellen Kanälen "informieren" konnten.



Klaus Faissner

Wir können **Österreich** als selbständigen Staat nur **zurückgewinnen**, wenn jeder einzelne Bürger sich dafür mitverantwortlich fühlt. DEMOKRATIE heißt nicht (wie oft fälschlich behauptet) Volks-Herrschaft (das ist unmöglich), sondern - vom griechischen Wort "kratein" abgeleitet - "das Volk ist stark, es hat das Sagen."

Diese **Stärke "von unten"** gilt es anzustreben und dazu braucht es wahrheitsgemäß informierte Mitbürger. Die Broschüre leistet dazu einen wertvollen Beitrag, bitte helfen Sie bei der Verbreitung mit!

Weitere, **stark vergünstigte Exemplare** zu Staffelpreisen können Sie gerne mit dem beiliegenden Erlagschein bei uns anfordern.

Die generell **unkritische** Berichterstattung über die EU in vielen Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen wird über Mediendienste herbeigeführt, die für die Medien "kostenlos", in Wahrheit aber aus Steuergeldern finanziert sind.

Wie "Meinungsbildner" für Zwecke der **Propaganda für die EU** "gekauft" werden, können Sie in der Broschüre im Kapitel "Lobbyismus & Korruption" im Detail nachlesen.

Übrigens können Sie natürlich - wie immer - auch **weitere Exemplare der WEGWARTE selbst** (für Sie kostenlos) zum Weiterverbreiten anfordern - am einfachsten per Vermerk "+ ... Stk. WEGWARTE 4/12" am Erlagschein.

# WEHRPFLICHT = WEHRRECHT!

Vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in vielen Staaten Europas als eine der Folgen der französischen Revolution wurden Soldaten gegen Bezahlung („Berufsarmeen aus Söldnern“) zur Durchsetzung der Macht- und Eroberungspolitik der jeweilig herrschenden Dynastien der Kaiser und Könige eingesetzt. **Erst mit dem Entstehen der Nationalstaaten** verlagerte sich die Ausrichtung von Armeen auf den Schutz und die Sicherung des Lebensraums des jeweiligen Staatsvolkes. Es war nicht mehr die „Armee des Kaisers“, sondern die Armee des Volkes zur **Landesverteidigung**.

Eine solche Armee (wie auch unser Bundesheer) kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie vom gesamten Volk getragen und geachtet wird. Die allgemeine Wehrpflicht ist also ein **Recht des Volkes**, im Fall des Falles - bei Angriffen von außen - in gemeinsamer Anstrengung aller das gesamte Staatsgebiet zu schützen.

**Berufsarmeen sind also ein Rückschritt in die Zeiten der Feudalherrschaft** - und die „demokratischen“ Herrscher von heute benehmen sich ja auch kaum anders als die früheren Kaiser und Könige!

Wie sehr eine gut gerüstete, starke Landesverteidigungs-Armee mit allgemeiner Wehrpflicht zum **FRIEDEN** beiträgt, zeigt das Beispiel der Schweiz. Obwohl ein Staat mit weniger Einwohnern und gerin-

gerer Größe als Österreich, war **die Schweiz seit 500 Jahren (!) an keinem Angriffskrieg beteiligt**.

Selbst als sie - durch viele Jahre hindurch - von Krieg führenden (Groß-)mächten umgeben war, konnten die Bürger ihr Territorium schützen. Das gelang durch strikte Wahrung der NEUTRALITÄT auch in Krisenzeiten. Aber die Neutralität muß auch entschlossen verteidigt werden - wirtschaftlich, geistig, sozial und eben auch militärisch.

## Wußten Sie, daß ?

- die Schweizer Bürger in einer Volksabstimmung im Jahre 1962 mit einer Mehrheit von 65,2% entschieden, daß ihrer Armee die Verwendung von **Atomwaffen untersagt** ist.

## EU-Hörigkeit Auslöser der Wehrpflicht-Debatte

Es besteht kein Zweifel, daß die Abschaffung der Milizheere mit allgemeiner Wehrpflicht (der Wahrung des Wehr-Rechts des ganzen Volkes) vom Hintergrund aus im Auftrag der EU betrieben wird.

Die dabei an vorderster Front seit Monaten tätige „Kronen-Zeitung“ wies in ihrer Ausgabe vom 29.8.2012 auch indirekt darauf hin, indem sie als Auslöser dafür die Umwandlung der Heere von „immer mehr EU-Staaten in Berufsarmeen“ anführte.

Ist es wirklich ein Argument, nach dem Motto: **„Wenn andere in die Donau springen, springen wir auch!“**

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU, besser gesagt die EU-Armee mit ihrer starken Nähe zur NATO, ist nicht auf Verteidigung ausgerichtet, sondern auf **Angriffskriege**, die gemäß UNO-Charta ja längst verboten sind. Aber insbesondere die

USA setzen sich darüber seit Jahrzehnten hinweg und führen **einen** - wenn auch in der Propaganda anders bezeichneten - Angriffskrieg **nach dem anderen** und spannen dafür die EU-Staaten als Waffenbrüder mit ein; 25 der 27 EU-Staaten sind gleichzeitig NATO-Mitglieder!

Diese Angriffskriege dienen der **„neuen Weltordnung“** (manche sagen „Weltregierung“) unter Führung der USA und den **Rohstoffinteressen** der multinationalen Konzerne. Mit dem vorgeschobenen Argument „Einführung der Demokratie“ haben sie nichts zu tun. Das „Berufsheer“ aus bezahlten Söldnern soll in erster Linie für solche **Auslandseinsätze** verwendet werden. Sie sollen zwar gut bezahlt werden (Ausnutzung der sich verschlechternden Wirtschaftslage), würden sich aber mitschuldig machen an furchtbarem Unheil und Elend, das sie über andere Völker bringen, und auch selber darunter leiden. Die enorm hohe Selbstmordrate und die Häufigkeit schwerer, vor allem psychischer Erkrankungen bei US-Soldaten **nach** ihren Kriegseinsätzen in aller Welt sollte Warnung genug sein! Es gibt darüber viele seriöse Berichte.

## Wußten Sie, daß ?

- sich im „unabhängigen“ **Kosovo** die größte Luftwaffenbasis der USA in Europa befindet.

- daß derzeit im mitteldeutschen Bundesland **Sachsen** gemäß einem NATO-Strategiepapier eine ganze Stadt ohne Menschen aufgebaut wird als „Übungs-Gefechtsfeld“ für die Bundeswehr für **„urban warfare“** („Krieg in den Städten“) **im Jahr 2020**.

- daß in den USA der Einsatz von **Drohnen** (unbemannte Flugzeug-Waffen) auch **im Inneren** (zur Kontrolle der eigenen Bevölkerung) geplant ist.

Der EU und der „Neuen Weltordnung“ ins Stammbuch geschrieben:

**„Die Natur widersetzt sich allem Übermaß“.**

Hippokrates

# Was ist ein Berufsheer?

Der entscheidende Unterschied zwischen einem Berufsheer und einer Milizarmee mit allgemeiner Wehrpflicht besteht darin, daß „Berufssoldaten“ praktisch **ihr ganzes Leben lang** nichts anderes als „Soldat“ sind, sie haben keinen anderen, normalen Beruf. Bei einem gewissen (kleinen) Teil eines Milizheeres wie dem österr. Bundesheer und der Schweizerischen Volksarmee ist das auch der Fall, vor allem in den Führungsbereichen, in der Verwaltung und im Bereich der strategischen Pla-

nung. Aber das **Gros der Soldaten** erfährt nur für den möglichen Ernstfall eine Grundausbildung, den Präsenzdienst, kann (und sollte) auf freiwilliger Basis sich Weiterbildungen von Zeit zu Zeit unterziehen, aber im Alltagsleben einem normalen Beruf nachgehen.

Die Mitwirkung bei einer solchen Milizarmee auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet, daß eben **nicht** das gesamte Leben vieler ausschließlich aufs „Kriegsführen“ ausgerichtet ist wie bei einer Berufsarmee.

Außerdem kann man ein Volksheer nicht so leicht **gegen das eigene Volk im Fall von Demonstrationen** einsetzen wie ein Berufsheer.

Und das ist ein weiterer Grund für die Umwandlung in Berufsheere! Im EU-Vertrag von Lissabon, der nunmehr geltenden Arbeitsgrundlage der gesamten EU, ist im Fall von „Aufstand und Aufruhr“ im Inneren ja sogar „das **Recht auf Tötung**“ (!) erlaubt... Nachzulesen auf Seite 26 der beiliegenden Broschüre von Mag. Faißner.

Die unabhängigen Bürgerinitiativen, die die „Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU“ bilden, rufen zur Absicherung der Lebensfähigkeit Österreichs als eigenständiger, neutraler Staat zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und der Milizarmee auf, wie sie sich in der Schweiz bestens bewährt hat.

## Zur Demo am Nationalfeiertag:

(siehe Rückseite)

Ein eigenständiges, neutrales, volkswirtschaftlich und sozial ausgerichtetes und **lebensfähiges Österreich** kann nur durch seine BÜRGER - und nicht durch irgendwelche „Führerfiguren“ aus Politik, Wirtschaft oder Finanz - bestehen.

Für die Initiatoren, **Mag. Klaus FAIßNER** und die **Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU**, bedeutet die Organisation dieser Demonstration viel uneigennützig Arbeit und Kosten. Eine solche Gelegenheit, ein öffentlich sichtbares Bekenntnis für ein Österreich ohne EU-Bevormundung abzulegen, wird es sobald nicht wieder geben. Wenn jeder WEGWARTE-Empfänger zur Demo kommt, oder zumindest **einen** Ersatzteilnehmer mobilisiert, wird es eine machtvolle Kundgebung!

**ACHTUNG!** Es kann aus finanziellen Gründen **keine weitere Verständigung** für die DEMO mehr erfolgen. Bitte notieren Sie sich den Termin

und **verbreiten Sie dieses Ankündigungs-Flugblatt** an möglichst viele Mitbürger!

### Anreise für Teilnehmer aus den Bundesländern:

Bitte organisieren Sie Ihre Anreise selbst, wenn möglich durch Bildung von Fahrgemeinschaften per PKW, Bus oder mittels Nutzung von Familien-, Gruppen- oder sonstigen Sonder-Angeboten der Bahn. Vom Westbahnhof aus ist der Stephansplatz mit der U-Bahnlinie 3 Richtung Erdberg in ca. 10 Minuten Fahrzeit zu erreichen, vom „neuen Südbahnhof“ Wien-Meidling mit der U-6 Richtung Floridsdorf bis Westbahnhof, dort umsteigen in die U-3 Richtung Erdberg bis Stephansplatz (Fahrzeit gesamt ca. 20 Minuten).

Wer an diesem Tag plant, der jährlichen **Leistungsschau des Bundesheeres** am Wiener Heldenplatz am selben Tag beizuwohnen, kann dies mit der Teilnahme an der DEMO am Stephansplatz verbinden.

**WEGWARTE** 22. Jahrgang, Folge 4, September 2012, Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger: **Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5**

Tel.: 02242/70 516, E-mail: [ihu@a1.net](mailto:ihu@a1.net), Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,

**Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
10. September 2012

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet  
**OPSKATWW**, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

# ÖSTERREICH WIRD FREI: RAUS AUS EURO UND EU!

**Stop dem Ausverkauf Österreichs!**

**Stop der Preisgabe der Neutralität!**

**Keine weitere Teilnahme am EU-Militärpakt!**

## Aufruf zur großen **Demonstration** am Nationalfeiertag:

**Freitag, 26. Oktober 2012 in WIEN**

**14 bis 17 Uhr am Stephansplatz**

◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ **bei jedem Wetter** ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Organisatoren:

- **Mag. Klaus Faißner, freier Journalist**
- **Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU**
- **26. Oktober 1955: Beschluß des Neutralitätsgesetzes im österr. Parlament**
- **Bitte dieses Flugblatt weiterverbreiten!**
- **Persönliche Poster, Tafeln, Transparente u.ä., ebenso Pfeiferl, Schellen, Glocken u.ä., Österreich- oder Bundesländer-Fahnen sind willkommen!**

[www.eu-austritt.blogspot.com](http://www.eu-austritt.blogspot.com)

Kontakt: Mag. Klaus Faißner, Tel. 0650/713 23 50,  
E-mail: k.faissner@gmx.at. Inge Rauscher, Tel. 02242 /  
70516, E-mail: ihu@a1.net.

Auf der offiziellen Ebene wird derzeit alles getan, um das jahrhundertlang gewachsene **Rückgrat Europas, die Nationalstaaten**, zu zerstören. Das ist auch das tiefere Ziel der politischen Union der EU, das mit dem geradezu wahnwitzigen Festhalten an der Einheitswährung EURO durchgesetzt werden soll. Wer dabei **nicht tatenlos zusehen will**, ist herzlich eingeladen, an der großen DEMO am Nationalfeiertag für das ÖSTERREICH DER BÜRGER teilzunehmen.

Gemäß österreichischer Verfassung hat das Bundesheer die Aufgabe, „die **umfassende Landesverteidigung** und die Unabhängigkeit Österreichs nach außen zu garantieren, sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu wahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden NEUTRALITÄT“. Deshalb braucht es die Erhaltung des Präsenzdienstes und damit des WEHR-RECHTS des gesamten Volkes!

**WIDERSTAND KANN NUR WIRKEN, WENN ER SICHTBAR WIRD!**